

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

20. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenerstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Beginn der Verhandlungen.

Glänzender Fortgang des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Heute vormittag 11 Uhr begannen im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Professor Brahn die Verhandlungen zur Beilegung des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks. Die Unternehmer hatten zu den Verhandlungen aus allen betroffenen Revieren ihre Vertreter nach Berlin beordert. Von den Prominenten der Zechenbesitzer waren u. a. erschienen: Generaldirektor Bühren von der Bubiag, der zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes ist, ferner Generaldirektor Platzeck, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete und Bergwerksdirektor Rademacher als Vertreter des Bornaer Gebietes, ein Vertreter der Ise-N.-G. Die Verhandlungskommission der Bergarbeiter besteht aus dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes Husemann, dem Vorstandsmitglied Schmidt-Bochum, den Bezirksleitern Reddiga u. Halle, Brie wig-Senftenberg, Weikert-Zeitz und Vertretern der anderen Tariforganisationen.

Die Vertreter der Bergarbeiter schilderten dem Schlichter noch einmal eingehend den Werdegang des Konfliktes sowie die augenblickliche Streiklage und betonten mit allem Nachdruck, daß eine Beilegung des Konfliktes nur durch die restlose Erfüllung der aufgestellten und sehr minimalen Forderungen möglich sei.

Die Unternehmer zeigten sich zu keinem Entgegenkommen bereit und begründeten ihre ablehnende Stellungnahme mit der Ablehnung der von ihnen beantragten Kohlenpreiserhöhung durch das Reichswirtschaftsministerium. Auf Vorschlag des Schlichters wurde schließlich gegen 13 Uhr ein Ausschuß gebildet, der aus je sechs Arbeiter- und Unternehmervertretern besteht und der die Verhandlungen im stetigen Kontakt mit den Parteien führen soll. Nach dem jetzigen Stand der Verhandlungen zu urteilen, dürften sie sich bis in die späten Abendstunden hinziehen. Es hat nicht den Anschein, als ob in direkten Verhandlungen mit den Unternehmern eine Einigung erzielt werden kann.

Halle, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Deßlich wie weßlich der Elbe befinden sich heute rund 95 Prozent der Bergarbeiter des mitteldeutschen Braunkohlengiebets im Streik. Auf der Grube Alwine, wo gestern noch gearbeitet wurde, ruht heute die Arbeit vollständig.

Die Behauptung der „Roten Fahne“, daß ihr von der Streikleitung der Grube Alwine eine Erklärung zugegangen sei, wonach die Mittelung des „Vorwärts“, daß auf der Grube Alwine Kommunisten und Rote Frontkämpfer Streikbrecherarbeit verrichten, un-

wahr sei, trifft nicht zu. Wie uns von der Zentralkomiteeleitung erklärt wird, haben bis gestern auf der Grube Alwine Rote Frontkämpfer und Kommunisten als Streikbrecher gearbeitet. Gestern war der kommunistische Landtagsabgeordnete Lademann dort und hat sich von dieser Tatsache selbst überzeugt.

Die Behauptungen der Unternehmer, die in der bürgerlichen Presse verbreitet werden, wonach von den Streikenden Terrorakte ausgeübt würden, sind erlogen. Sie sind auch so gehalten, daß eine Nachprüfung gar nicht möglich ist. Angeblich soll u. a. „im Senftenberger Revier vor einer Bubiag-Grube“, die aber nicht genannt wird, eine Truppe von 700 Roten Frontkämpfern, „feldmarschmäßig ausgerüstet“, lagern und die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzen. In Senftenberg selbst weiß weder die Streikleitung noch sonst eine verantwortliche Behörde etwas von dieser jugendhaften Roten Armee. Die anderen Behauptungen der Zechenbesitzer sind noch unbestimmter gehalten.

Der Regierungspräsident für Halle-Merseburg hat gestern das Geiseltal, aus dem viele Klagen der Unternehmer über Streikterror kamen, abgefahren und festgestellt, daß nicht der mindeste Anlaß vorliegt, polizeilich einzuschreiten. Diese Erklärung hat der Regierungspräsident ausdrücklich den Gewerkschaftsvertretern gegenüber abgegeben. Alle Nachrichten, die bei der Zentralkomiteeleitung einlaufen, lauten übereinstimmend dahin, daß die Streiklage eine ausgezeichnete und durchweg ruhige ist.

Mustergültiges Verhalten der Streikenden.

Halle, 20. Oktober. (B.Z.)

Der Regierungspräsident hat heute früh die Gruben des Geiseltals zur Feststellung der polizeilichen Sicherheitsverhältnisse besichtigt. Das Verhalten der Streikenden ist geradezu mustergültig. Auch von den Bergwerksdirektoren wurde dieses Urteil für den heutigen Tag bestätigt. Der Schichtwechsel vollzog sich mit der denkbar größten Ruhe und Ordnung.

Leipzig, 20. Oktober. (B.Z.)

Die Lage im Streitgebiet der Autschaupfmannschaften in Borna, Leipzig und Grimma hat sich bis heute fast nicht verändert. Es herrscht überall noch völlige Ruhe, wie auch Ausschreitungen weiterhin nicht vorgekommen sind. Die heute beginnenden Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium in Berlin haben eine sichtliche Entspannung der Lage gebracht, da allerseits die Hoffnung besteht, daß dieselben zu einem baldigen und guten Abschluß der Bewegung führen.

Der rationierte Reichstag.

Reichstagschluß am Sonnabend. - Die Sozialdemokratie protestiert.

Der Vorkostenrat des Reichstags hat heute den Arbeitsplan für den Rest dieser Woche festgelegt. Danach soll am heutigen Donnerstag die erste Lesung des Schulgesetzes beendet werden. Für Freitag ist die erste Beratung des Besoldungsgesetzes in Aussicht genommen, für Sonnabend die Beratung über die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenbezüge. Außerdem sollen noch einige kleinere Vorträge auf die Tagesordnung kommen, die ohne Aussprache den Ausschüssen überwiesen werden können, darunter auch das von den Demokraten beantragte Rentnerversorgungsgesetz.

Für Sonnabend ist ferner die Besprechung der Interpellation und Anträge zum Bergarbeiterstreik in Aussicht genommen. Die Erledigung der sozialdemokratischen Interpellation zur Wirtschaftslage wurde vom Vorkostenrat abgelehnt, weil sie bei der Fülle des übrigen Stoffes nicht mehr in dieser Woche behandelt werden könnte und der Vorkostenrat daran festhält, am Sonnabend eine Pause in den Verhandlungen des Reichstags eintreten zu lassen.

Die Sozialdemokratie wird sich jedoch damit nicht zufrieden geben, sondern im Plenum noch einmal die Beratung ihrer Interpellation beantragen.

Knilling plötzlich gestorben.

An den Folgen einer Operation.

München, 20. Oktober.

Der frühere Ministerpräsident Dr. von Knilling ist heute vormittag 9 Uhr in der Klinik von Dr. Lindl an den Folgen einer Darmoperation gestorben. Dr. v. Knilling mußte sich einer Darmoperation unterziehen, die einen günstigen Verlauf genommen hatte.

Der frühere bayerische Ministerpräsident v. Knilling ist eines unerwarteten Todes gestorben. Seine Persönlichkeit stand gerade in den letzten Wochen im Vordergrund politischer Diskussionen. Der zur Aufklärung der bayerischen Staats- und Rechtsverhältnisse im Jahre 1923 im Bayerischen Landtag eingesezte Untersuchungsausschuß war berufen, auch die Rolle endgültig zu klären, die Herr v. Knilling in der bayerischen Epoche der „Befreiung der deutschen Seele“ gespielt hatte.

Der Verstorbene galt in den Anfängen seiner Beamtenlaufbahn

als liberal orientiert. Als letzter bayerischer Kultusminister des Königreichs hatte er sich wiederholt weitgehenden Nachsichtsprüchen des Merkelsismus gegenüber seinem Ressort entgegengestellt. Mit der parlamentarischen Wählstellung der Bayerischen Volkspartei nach der Staatsumwälzung wandelte sich sein politischer Sinn mehr und mehr in der Richtung der Grundzüge der Bayerischen Volkspartei, ohne allerdings in seinem zunehmenden extrem nationalsozialistischen Gebaren immer die Zustimmung seiner politischen Freunde zu finden. Als verantwortlicher Staatsmann hat wohl noch niemals ein deutscher Minister einen so kläglichen Zusammenbruch nach jeder Richtung hin erlebt, wie Herr v. Knilling. Wangelnde Charakterstärke und politische Einsichtslosigkeit vereinigten sich bei ihm im seltenen Maße. Er ist der Hauptschuldige, daß unter vollkommenster Mißachtung von Recht und Verfassung Bayern an den Rand des Abgrundes geführt und dem allgemeinen Gespött der deutschen und internationalen Welt preisgegeben wurde. Je mehr die Geschichte in Kritik und Aufklärung fortschreitet, um so härter wird das Urteil über jene Episode des bayerischen Landes werden, in der Herr v. Knilling der verantwortliche Ministerpräsident Bayerns war. Die im „Vorwärts“ bereits wiedergegebene Ausgabe Dr. Schwepers, der Innenminister im Kabinett Knilling war, vor dem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages zeigt, wie berechtigt eine vernichtende Kritik an dem staatspolitischen Wirken Knillings ist. Daß er aus dem Bürgerbräukeller der Münchener Weltrevolution als Gefangener Ludendorffs und Hitlerers und deren Horden herausgeführt wurde, wird für immer das Symbol seiner Ministerpräsidentenschaft bleiben.

Für die bayerischen Verhältnisse war es selbstverständlich, daß er nach seiner schweren Schuld an dem bayerischen Zusammenbruch zum Präsidenten der bayerischen Staatsschuldverwaltung ernannt wurde.

Pilsudski lernt von Mussolini.

Das Parlament heimgeschickt. - Der Stat tritt ohne Genehmigung in Kraft.

Warschau, 19. Oktober.

Der polnische Staatspräsident hat die außerordentlichen Sesssionen des Sejm und Senats mit dem heutigen Tage geschlossen.

Der Sejm war nur einen einzigen Tag zu Beginn der ganzen außerordentlichen Session versammelt, der Senat ist überhaupt nicht zusammengetreten. Mit dem württembergischen Sesssionsschluß erhält der Entwurf des Budgets Gesetzeskraft, ohne parlamentarisch verabschiedet worden zu sein.

Tschechische Gemeindewahlen.

Der Aus nach links.

W. N. Prag, 18. Oktober.

Am vergangenen Sonntag haben in der tschechoslowakischen Republik die Gemeindewahlen stattgefunden, denen diesmal ein politischer Charakter zukommt und die für die innerpolitischen Verhältnisse nicht ohne Wirkung bleiben werden. Die Wahlen waren leider keine wirklich allgemeinen, denn von 15 652 Gemeinden wählten nur 6853. In etwa 5000 Gemeinden, durchwegs ganz kleine, entfiel die Wahl, weil dort die Einigung auf eine sogenannte „Einheitsliste“ erfolgte, die aber zu Unrecht diesen Namen trägt, da vielfach auf ihr verschiedene Parteien vertreten waren. Der Rest der Gemeinden, nahezu 4000, darunter zwei Landeshauptstädte und in Mähren alle Städte mit eigenem Statut, wird erst zu einem späteren Termin wählen, nicht ohne Absicht der Regierung, die mit Recht ein deutliches und einheitliches Wort der Bevölkerung fürchtete. Die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gaben die Lösung aus, daß den Wahlen eine gesamtpolitische Bedeutung zukomme und trotz der Bemühungen der Regierungsparteien, den Gemeindewahlen nur einen örtlichen und kommunalpolitischen Charakter zuzumessen, drehte sich der Wahlkampf um die Frage: für oder wider die tschechisch-deutsche Bürgerblock-Regierung. Es waren die ersten Wahlen seit Bildung dieser Regierung, deren Tätigkeit den stärksten antisozialen Charakter trägt, die aber auch alles dazu getan hat, um die zu Frieden und Völkerverständigung führenden Wege zu verschütten und besonders die deutschbürgerlichen Regierungsteilnehmer suchten mit allen Mitteln eine Verschleierung des Willens der Bevölkerung herbeizuführen. Die Regierung leistete ihnen dabei willige Hilfe. Bis zum letzten Augenblick vor der Wahlauschreibung verheimlichte sie den Wahltermin, so daß knapp drei Wochen für die Wahlbewegung übrig blieben, sie ließ ihre Staatsanwälte auf die sozialistischen Zeitungen und Flugblätter los, die mehrfach beschlagnahmt wurden, sie ließ aber auch von zehn Plakaten, auf denen die Tätigkeit des Bürgerblocks bildlich dargestellt wurde, neun zur Plakatierung nicht zu. Aber vergeblich waren alle Verhüllungsversuche, vergeblich die Parteinarbeit der Behörden: das Bürgertum, insbesondere die Regierungsparteien, haben eine Niederlage erlitten, die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten dagegen haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Es ist dies seit acht Jahren der erste große sichtbare Erfolg, der beweist, daß die Sozialdemokratie in diesem Staate, in dem der nationale Streit sich bis in die Reihen der Beamtenschaft fortpflanzte und deutsche und tschechische Sozialdemokraten voneinander fernhielt, in dem aber auch durch die unglückselige Politik der früheren alttschechischen Regierung und durch die langandauernde Wirtschaftskrise die kommunistische Partei verhältnismäßig stärker als in allen Ländern vorwuchern konnte, wieder eine Nacht zu werden beginnt. Nach Jahren des Stillstandes und scheinbarer Hoffnungslosigkeit haben die Gemeindewahlen unserer Partei einen prächtigen Fortschritt gebracht.

Als erfreuliche Tatsache des Wahlergebnisses ist besonders die eskalante Niederlage der deutsch-christlichsozialen Partei zu buchen, die völlig unter das Kommando der Bischöfe geraten ist und im letzten Jahre in dem österreichischen Prälaten Seipel ihr großes Vorbild erblickte. Diese Partei zählte in ihren Reihen zahlreiche katholische Arbeiter, die, auf religiöse Schlagwörter gedrillt, ein, wie es schien, unbedingt verlässliches Wählermaterial darstellten. Was die deutschen Christlichsozialen aber, die in den ersten Jahren nach dem Kriege sich eine soziale und demokratische Maske vorhingen, durch ihre Zustimmung zu den Agrararistokraten, zur Erhöhung der Kongruengebühren (Gehalte der Geistlichen), zum Gemeindefinanzzwang, das den Gemeinden alle Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen und humanitären Aufgaben raubt, zum Dreimilliarden-Rüstungsfonds und schließlich, aber nicht zuletzt, zur Verwaltungsreform, welche die Arbeiter politisch zu versklaven, die Deutschen national zu entrechteten bestimmt ist, was also diese Partei an der deutschen arbeitenden Bevölkerung und an der deutschen Bevölkerung des Staates überhaupt verbrochen hat, das war sogar den katholischen Arbeitern zuviel und sie stimmten bei den Gemeindewahlen in hellen Scharen gegen sie. In der Stadt Tepliz beispielsweise verlor die christlichsoziale Partei allein über 1300 Stimmen, in dem Gebiete der Städte Zwittau und Trübau, wo die Christlichsozialen ihre Gewerkschaftssekretariate konzentriert haben und das als uneinnehmbare Hochburg des Merkelsismus galt, erlitten sie beträchtliche Einbußen, besonders aber im Falkenauer Bezirk, wo sie rund 60 Proz. ihrer früheren Stimmenzahl einbüßten. Nicht unbedeutende Verluste haben auch die deutschen Nationalsozialisten, die mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf zogen und eine Wahlschluppe der Sozialdemokraten prophezeiten, zu beklagen. Nur in ganz wenigen Gemeinden haben sie etwas an Stimmen gewonnen, in der großen Mehrzahl Stimmen und Mandate verloren. Soweit sich das Schlachtfeld bis jetzt überblicken läßt, macht sich auch bei den Kommunisten, trotz vereinzelter Wahlerfolge, in der Gesamtheit ein Abbröckelungsprozess bemerkbar. Im tschechischen Lager sind die Hauptstrebenden die tschechischen Nationaldemokraten, das ist die Partei des Herrn Dr. Kramarsch, die chauvinistischste

aller Parteien, die in Prag allein seit den letzten Gemeindevahlen im Jahre 1923 fast 13 000 Stimmen verloren hat. Das Wahlergebnis wäre für die Deutschen, aber auch für die tschechischen Regierungsparteien ein weit schlimmeres, wenn die von der Bürgermehrheit im letzten Jahre beschlossenen Gesetze, besonders die Verwaltungsreform und das Gemeindefinanzgesetz, ihre schädlichen Wirkungen bereits offenbart hätten. Jedenfalls sind diese Wahlen ein vielversprechender Anfang gewesen, ein schöner Auftakt für die nächsten Parlamentswahlen.

Die bürgerlichen Parteien suchen ihre Wahlniederlage zu leugnen, aber die Wahlziffern sprechen eine zu deutliche Sprache. Wenn die Wahlen auch keine wirklich allgemeinen waren, so haben sie doch bewiesen, daß die politische Zusammenlegung der Wählerklasse seit dem Jahre 1925, da die letzten Parlamentswahlen stattfanden, eine ganze andere geworden ist und daß die reaktionäre Befehlsgewaltigkeit der Bürgerblock-Regierung eine Umgruppierung der Wähler bewirkt hat, durch welche der heutigen Parlamentsmehrheit die Grundlagen in der Bevölkerung entzogen werden. Nach diesen Wahlen kann sich die tschechisch-deutsche Bürgerregierung nicht mehr darauf berufen, daß sie die Willensvollstreckerin der Mehrheit der Staatsbürger ist. Die Regierungsmehrheit stand schon bisher auf schwachen Füßen, sie zählte nach dem Abfall der magyarischen Nationalpartei und einiger Dissidenten im deutsch-agrarischen Lager nur mehr 15 Stimmen. Bei neuen Parlamentswahlen würde sich unzweifelhaft ergeben, daß die sogenannten Mehrheitsparteien in die Minderheit geraten sind. Das wird und kann auf die weitgehenden Pläne der Regierung, die auf die Verschlechterung der Sozialversicherung, die Fortführung des Alterserwerbs und die Verkürzung der Schulweilens abzelen, nicht ohne Wirkung bleiben, zumindestens wurde der herrschenden Reaktion ein Dämpfer aufgesetzt. Der Wahlsieg der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten bedeutet einen neuen Aufschwung der Arbeiterbewegung im Lande, er beweist, daß die Sozialdemokratie auch hier das Sammelbecken zu werden beginnt, in dem alle Kräfte des klassenbewußten Proletariats zusammenfließen.

Preußen und der Reichsrat.

Die Staatsregierung gegen die Zersplitterung der Stimmabgabe.

Als einziger deutscher Freistaat verfügt Preußen nicht über eine verfassungsgemäß zustehenden Stimmen im Reichsrat. Die Ausübung der Mandate ist vielmehr zum größten Teil den Provinzialverwaltungen vorbehalten. So kam es in letzter Zeit wiederholt vor, daß die preußischen Provinzen im Gegensatz zur preußischen Regierung und in offensichtlicher Parteinahme für die Reichsblockregierung im Reich zu Gefesseltvorlagen Stellung genommen haben. Wie wir hören, hat die preußische Regierung jetzt einen Schritt unternommen, um dieses unerträgliche Verhältnis zu beklagen.

Der preußische Ministerpräsident hat nämlich heute in einem Schreiben an die Provinzialverwalter des Reichsrats erklärt, daß die bisher üblichen Vorbesprechungen der gesamten Reichsratsdelegation mit der Staatsregierung von jetzt ab nicht mehr stattfinden würden. In dem Befehl über die Bestellung von Delegierten für den Reichsrat durch die Provinzialverwaltungen war die einheitliche Stimmabgabe vorgesehen. Statt dessen hat die Befehlsgewalt der letzten Monate gezeigt, daß eine solche einheitliche Stellungnahme der preußischen Reichsratsdelegation nicht zu erzielen ist. Besonders war das beim Schlußgesetz der Fall. Hier haben die Provinzialverwalter im Gegensatz zur Staatsregierung und offensichtlich aus parteipolitischen Gesichtspunkten heraus gegen die Preußenregierung im Reichstag gestimmt.

Dieser Standpunkt wurde eingenommen, nachdem sich die Provinzialverwalter untereinander in Abwesenheit der preußischen Regierungsvorsteher darüber verständigt hatten. Sie

gaben davon der preußischen Regierung nicht einmal Kenntnis. Diese hatte vielmehr nach den vorausgegangenen gemeinsamen Beratungen allen Anlaß, anzunehmen, daß die Stimmabgabe einheitlich erfolgen würde.

Unter diesen Umständen lehnt jetzt die Preußenregierung gemeinsame Vorbesprechungen mit den Provinzialverwaltern ab, und man wird ihr darin Recht geben müssen. Zu wünschen wäre es, daß durch diese einschlägige Stellungnahme endlich einmal die Frage neu gestellt wird, welche Rechte und Pflichten die Vertreter der Provinzen im Reichsrat haben. In keinem Falle geht es so weiter wie bisher, daß die Provinzen sich Regierungsrechte gegen die Staatsregierung anmaßen.

Reichsbanner, Pazifismus, RFB.

Zwei Anordnungen des Bundesvorstandes.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners gibt in der letzten Ausgabe der „Reichsbanner-Zeitung“ folgendes bekannt:

I.

Verschiedene Anfragen aus dem Reiche veranlassen uns, noch einmal auf unsere Stellungnahme zum Pazifismus und zur Kriegsdienstverweigerung hinzuweisen: Laut Beschluß unserer Bundesgeneralversammlung vom 16. Mai 1926 (abgedruckt im „Reichsbanner“ Seite 31) gehört der Pazifismus nicht in den Aufgabenkreis des Reichsbanners. Damit ist klar gesagt, daß auch die Frage der Kriegsdienstverweigerung, die einen Programmpunkt des extremen Pazifismus darstellt, aus der Diskussion innerhalb des Reichsbanners auszuschließen hat. Gegenwärtig geht die Friedensgesellschaft dazu über, eine Volksabstimmung für Kriegsdienstverweigerung vorzubereiten. Wir weisen mit aller Schärfe darauf hin, daß unsere Ortsvereine dabei unter keinen Umständen aktiv mitwirken dürfen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold kämpft entsprechend Artikel 148 der Reichsverfassung für Völkerverständigung und Frieden. Es wird dem unverantwortlichen Treiben der Kriegsbegehr auch für die Zukunft genau so wirksam entgegenarbeiten wie bisher; das Reichsbanner kann sich aber unmöglich von der pazifistischen Bewegung, die innerlich zerrissen und in ihren Zielen unklar ist und deren Mitglieder ganz verschiedene Auffassungen über die Taktik vertreten, vor den Wagen spannen lassen.

II.

Ein Rundschreiben des RFB, das wir unseren Gauvorsitzenden abschriftlich übermitteln, beweist wieder auf das schlagendste, was die Kommunisten unter der von ihnen propagierten „Einheitsfront“ verstehen und wie sehr ihr ganzes Streben darauf gerichtet ist, das Reichsbanner zu zerschlagen; es zeigt andererseits, daß ihre Bemühungen erfolglos sind. Also nochmals: Jede gemeinsame Arbeit mit den Kommunisten ist abzulehnen!

Um Petljuras Schuld.

Zeugenaussagen über die ukrainischen Pogrome.

Paris, 20. Oktober.

In dem Prozeß gegen Schwarzbarth wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten. Auf die Frage des Nebenklägers an den Angeklagten, ob er glücklich gewesen sei zu erfahren, daß sein Opfer gestorben sei, antwortete Schwarzbarth „Böfommen!“ Auf die Vernehmung von Frau Schwarzbarth wurde verzichtet. Das ehemalige Mitglied der ukrainischen Regierung, Fürst Dolahny erklärte, Petljura habe niemals die Pogrome gebilligt, worauf der Verteidiger Schwarzbarths auf Petljuras Rolle als Obersten Chef des Heeres und auf die Möglichkeit der Unterdrückung der Pogrome durch ihn hinwies. Ein ehemaliger Vizepräsident eines ukrainischen Kriegsgerichts behauptete bei seiner Vernehmung, Petljura sei ein Freund der Juden gewesen. Der Verteidiger fragte: Welche Strafen wurden gegen die Urheber der Judenpogrome verhängt? Der Zeuge schwieg darauf. Eine Proklamation Petljuras gegen die Judenpogrome wurde dem Gerichtshof vorgelegt.

Der politische Kampf in Riga.

Um den Handelsvertrag mit Rußland. — Innerpolitische Obstruktion.

Riga, 20. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Kernpunkt der Außenpolitik Lettlands, wie sie von dem sozialdemokratischen Außenminister Zielens in energischer und gleichzeitiger Weise geführt wird, ist die Verständigung mit dem großen russischen Nachbarreiche. Politisch wurde das durch den Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag angestrebt, dessen wichtigste Punkte im Frühjahr paraphrasiert werden konnten. Wichtiger aber noch als der politische Vertrag ist der wirtschaftliche Ausgleich. Lettland will seiner natürlichen Aufgabe, Brücke zwischen West und Ost zu sein, gerecht werden, und in Erfüllung dieser Aufgabe nicht durch die politischen Interessen irgendwelcher Mindergruppen geschmälert werden. Darum hat der Handelsvertrag zwischen Lettland und Rußland eine große, grundsätzliche Bedeutung, und daraus erklärt sich auch die erweiterte Begierde, die dieser Vertrag gefunden hat.

Es ist zweifellos, daß die parteipolitischen Gegensätze in diesem Falle bedeutend durch die welpolitischen Hintergründe verschärft worden sind. Der englisch-russische Konflikt und alle seine Begleiterscheinungen auf dem Kontinent spielen in die innere Gruppierung der lettischen Parteien mit hinein. Aber die sozialistische-demokratische Koalitionsregierung ist infolge der Sympathien, die sie bis weit ins bürgerliche Lager hinein besitzt (nicht zuletzt bei den Minderheiten) stark genug, um den eingeschlagenen Weg ohne Kompromisse zu Ende zu gehen. Der Handelsvertrag lag in diesen Tagen den wichtigsten Kommissionen des Parlaments vor, der für Handel und Finanz und der auswärtigen Kommission. In beiden Kommissionen kam es zu stürmischen Debatten, die aber in beiden Fällen mit einem vollen Sieg der Regierung endeten. Die Rassistierungsklausel für den Rußlandvertrag sowie auch die Dringlichkeit wurden in beiden Fällen mit bedeutender Stimmenmehrheit angenommen, so daß die Rassistierung des Vertrages im Plenum als wahrscheinlich betrachtet werden kann.

Freilich stehen noch einige ernste Interpellationen der Opposition bevor, es sieht sogar nach einer planmäßigen Obstruktion aus, die aber ohne Zweifel ebenso zusammenbrechen wird, wie ähnliche Versuche in der vergangenen Frühjahrsession.

Grenzbeamte im Dienste des Nachbarstaates.

Zowjetpionage in Lettland aufgedeckt.

Durch einen günstigen Zufall gelang es der lettischen Regierung, einen großangelegten Spionageapparat der Sowjetunion aufzudecken.

Vor einigen Tagen rückte ein längerer Mann in der Uniform G.P.L. über die Grenze. Er war Beamter der politischen Zowjetpolizei und machte nur einzelne geheime Angaben über den Aufbau des russischen Spionagedienstes in Lettland. Seine Angaben erwiesen sich als richtig. Die Polizei nahm 33 Personen fest, von denen die meisten ihre Verbindung mit der russischen G.P.L. bereits eingestanden haben. Unter ihnen sind drei lettische Eisenbahnbeamte und zwölf Beamte der lettischen Grenzpolizei.

Der Jenseituntersuchungsausschuss des Reichstags trat am

Donnerstag vormittag nach längerer Pause wieder zusammen zu einer geschäftlichen Sitzung und beschloß, daß der Vorsitzende zusammen mit den beiden Berichterstattern mit dem zuständigen Deputierten des preussischen Innenministeriums eine Besprechung über die Einflüchtung in die Akten über die „Schwarze Reichswehr“ vereinbarte. Wenn der Bericht darüber vorliegt, soll der Ausschuss dann beschließen, welche Zeugen noch vernommen werden sollen.

Die Finanzminister der deutschen Länder haben gestern abend und heute vormittag die neuen Richtlinien für die sogenannte Beratungs-, richtiger Genehmigungsstelle für Auslandsanleihen erörtert.

Kleinbergs „Deutsche Dichtung“.

Eine Literaturgeschichte auf ökonomischer Grundlage.

Die sozialistische Literatur wies bisher eine klaffende Lücke auf: ein die deutsche Dichtung zusammenfassendes Werk, in dem die geschichtsphilosophischen Gedanken von Marx und Engels selbständigen Ausdruck erlangten.

Dieses Werk liegt jetzt in der wegweisenden Arbeit Prof. Alfred Kleinbergs vor: Die deutsche Dichtung in ihren sozialen, zeit- und geistesgeschichtlichen Bedingungen (Verlag J. H. W. Dietz, Berlin). Prof. Kleinberg nennt seine grundlegende Geschichte der deutschen Dichtung bescheiden „eine Skizze“, also einen gleichsam schnell der Hand entgleitenden Entwurf. Sie ist nicht ein Entwurf, sondern ein großer, vollwertiger Baur, denn sie „wirkt“ glänzend das große Problem: die fast zwei Jahrtausende umfassende deutsche Dichtung als einen sozialgeschichtlich bedingten Prozeß, und zwar in einem Bande darzustellen. Die dicksten, vielbändigen Wälzer deutscher Literaturgeschichte wurden uns bisher in den Schah geworfen, aber diese zerstückelten immer in zahllose einzelne Biographien und ihnen fehlte leider immer das „geistige Band“: die Einheit der sozialkulturellen Entwicklung. Ein großes Wagnis, fürwahr, unternahm Prof. Kleinberg, und es gelang ihm. Dramatisch wälzt sich in seiner Geschichte der deutschen Dichtung der ungeheure zweitausendjährige sozialwirtschaftliche und sozialkulturelle Entwicklungsprozeß des deutschen Volkes ab, und in dieser geschichtlichen Revolution geht uns bei Kleinberg die Persönlichkeit der einzelnen Dichter und ihrer Werke nicht verloren. Nicht in bloßen allgemeinen Umrissen verschwimmen die einzelnen führenden Dichtergestalten. Jeder wirkliche literarische Bahnbrecher ist individuell erfasst und geschildert, und diesen Schilderungen entströmt eine stark überzeugende Kraft. Friedrich Hebbel z. B. ist nicht etwa als der Philosoph des imperialistischen Zeitalters, — als solcher ist er von schablonenhaft konstruierendem, mit Unrecht sich auf die ökonomische Geschichtsauffassung berufenden Vorleserstellern dargestellt worden — sondern als der größte geistige Geburtshelfer unserer deutschen Gegenwart neben Marx, denn das zornige Pathos der Profetinnen und Apokryphen Reiches „erschütterten die kapitalistische Seelenverfassung durch Hoch und Niedrig und rissen zu Taten auf in einer erneuten, erhöhten Welt“.

Die Geschichte der deutschen Dichtung Kleinbergs wächst aus der sozialen Geschichte der Stände und Klassen des deutschen Volkes empor. Die Geschichtszüge der deutschen Stände- und Klassenkultur prägen sich bei Kleinberg scharf und unauslöschlich in den dichterspezifischen Schöpfungen Deutschlands aus. Seine Literaturgeschichte bereichert im hohen Maße die deutsche Sozialgeschichte, sie gibt dieser gleichsam Farbe und Klang. Durch sie wird die Reformationsgeschichte zu einer urlebendigen Geschichte der ersten deutschen Revolution. Wir blicken eben tief in die Flugblätter, Predigten, Schwänke, Fabeln, Satiren dieser heißbewegten Epochen Deutschlands. Aus diesen Zeiten des hereinbrechenden Kapitalismus springt uns deutlich das werdende neue Weltbild entgegen, das aus dem Trümmerfeld gestürzter göttlicher und namentlicher Autoritäten

emporsteigt. Mit der gleichen lebendigen Anschaulichkeit hat Kleinberg die gewaltigen Auswirkungen der großen französischen Revolution auf die Struktur der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft gezeichnet. Theoretisch stürmt die „Revolution“ des deutschen intellektuellen Bürgertums, „des materiellen Rückfalls entbehrend“, auf das Ziel der „Souveränität im Geistigen“ los. Männer wie Forster und Seume stehen mit ihrer hellen Erkenntnis der Notwendigkeit einer durchgreifenden politischen Freiheit vereinsamt da. Aus dem Strombett dieser wildwogenden Zeit heben sich bei Kleinberg klar der Klassizismus und die Romantik heraus.

Wie matt und schwächlich klingt der Wellenschlag der bürgerlichen deutschen Revolution von 1848 gegenüber dem ungeheuren Donner des Orkans der nachfolgenden industriellen Umwälzung. Dieser gigantische Sturm legt das Kleinbürgertum fort und wirbelt aus der Tiefe der Gesellschaft die neue Klasse des Proletariats auf. Hier läßt Kleinberg die fast aufreißend wirkenden Ziffern der industriellen Revolution reden, hier stellt er in diesen ungeheuren wirtschaftlichen Wirbeln Männer wie Marx, Schopenhauer, Darwin, Hebbel, Wagner hinein. Und schließlich bricht der Imperialismus zerstörend und neubildend in die bürgerliche Gesellschaft und löst überall ererbte Bindungen auf. Der Nationalismus dringt sozialkritisch steifhaft vor, und mit der erdbebenartigen Erschütterung der bürgerlichen Kultur greift der Expressionismus über eine klassenbedingte Gesellschaft hinaus zum Menschen, zum inneren Menschen.

Mit gespannter Aufmerksamkeit folgen wir der meisterhaften Darstellungsart Kleinbergs, wenn sie uns durch alle Phasen der sich im großen Rahmen der deutschen Wirtschaft- und Sozialgeschichte entfaltenden deutschen Dichtung führt. Mögen sich große Klassen der aufstrebenden Arbeiterklasse der weitsichtigen, sachkundigen Führung Kleinbergs durch die deutsche Literatur anvertrauen. Paul Kampffmeyer.

Der zweite Abend der „Europäischen Tribüne“ brachte eine deutliche

Beleuchtung des Arbeitsgebietes dieser Vereinigung. Und wenn — wie es den Anschein hat und wie auch die Namen, die sich dafür einfinden, es verbürgen — dieses Gebiet fruchtbringend bestellt wird, so dürfen wir eine reiche Ernte erhoffen. Heinrich Mann schilderte die Aufgabe der Geistigen in Europa, schilderte sie an dem Beispiel Deutschland-Rußland und Deutschland-Frankreich. Ein einiges Panuropa braucht auch den Anstoß Rußlands, Deutschland ist durch Lage und Veranlagung der geborene Vermittler zwischen den beiden Staaten, denn es hält auch in geistiger Beziehung zwischen beiden die Mitte. Ein geistiges Vocarno erst wäre aber die Erfüllung der Versprechungen, die die Minister sich gaben. Es wäre so viel größer als ein politisches Vocarno. Für dieses geistige Vocarno müssen die Geistigen aller Länder arbeiten. In fast allen Ländern ist das Kapital noch engstirnig national eingestellt; aber in fast allen Ländern ist die überwiegende geistige Macht nach links orientiert. Sie will Frieden und Freundschaft mit allen. Diese Ideenwelt fest zu begründen ist in erster Linie die Aufgabe der Geistigen. Die Lehrer müssen alle für sie gewonnen sein. Heinrich Mann prägte das schöne und stolze Wort, daß eine Republik, die sich ihrer Sendung bewußt ist, auch solche Lehrer erzieht. — Nach diesem weiten Ueberblick ging Arnold Zweig auf

ein Einzelthema ein: „Die Beherrschung der politischen Leidenschaften“. Man darf der Menschheit als Masse heute noch nicht die gleiche Vernunft zurechnen wie dem Menschen als Individuum. Die Masse ist noch unzureichend und ist daher, wenn sie von politischen Leidenschaften erfaßt wird, oft nichts als ein Spielball unkontrollierbarer Gefühle. Vernünftiges Denken scheint dann ausgeschlossen. Zweig wies darauf hin, daß z. B. die Dolchstoßlegende gefühlsmäßige Massenreaktion auf einen verlorenen Krieg sei. Sie tauchte noch 1871 in Frankreich ebenso auf, wie nach dem Weltkrieg in Deutschland, und wurde von einzelnen Gruppen hier wie dort fanatisch geglaubt und fanatisch toleriert. Wenn man die Menschen so der „politischen Leidenschaften“ sich hingeben ließe, so könnte man an ihr verzweifeln. Aber die Menschheit ist erziehbar, ebenso wie der Mensch erziehbar war. Und hier wendet der Dichter und Schriftsteller eine wichtige Aufgabe: ungeklärte Probleme zu klären. Arnold Zweig glaubt nicht an eine wesentliche Wirkung direkt politischer Literatur. Er sieht in ihr eine Verwechslung der notwendigen Wirkung einer Sache mit ihrer Zielsetzung. Aber der Dichter muß das Wesen der politischen Leidenschaften so stark nachdenken können, daß er ihre Probleme an dichterspezifischen Fabeln entwickeln kann. So, durch die Analyse der Leidenschaften — Zweig vermied dieses Wort, meinte es aber offenbar — muß die Kraft, die sie erregt, aufgedeckt und gestärkt werden.

Das Urteil gegen den früheren Direktor der Düsseldorfer Kunstschule. Der frühere Direktor der Düsseldorfer Kunstschule, Martin Hadenbroich, wurde nach zweitägiger Verhandlung wegen fortgesetzter Unreue und gewinnstüchtiger Privatunternehmensführung in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt. Das Gericht bezichtigte die Unterschlagungen des Hadenbroich als eine infame Tat, die die notleidenden Künstler während des Ruhrkampfes ihrer kargen Unterstützung beraubt habe. Nur weil Hadenbroich nicht verbestraft war, wurde von einer Zuchthausstrafe abgesehen.

Zur ersten Januarnummer 1927/28 der Volkshöhne G. D., in der die Wienerin Eilmar Lorbis sowie die beiden Berlinerinnen Helga Normann und Ida Tribell in Berlin noch nicht gekannte Töne zeigen und die am Sonntag, dem 23. Oktober, vormittags 11^{1/2} Uhr, im Theater am Blasenplatz stattfindet, sind Karten noch in beständiger Anzahl erhältlich. Mitglieder der Volkshöhne zahlen einstufiges Programm 1,30 Mk., Nichtmitglieder 2,— und 3,— Mk. Vorverkauf für Nichtmitglieder an den Theaterkassen der Firmen Lieg und Westheim.

Das Berliner Sinfonie-Orchester bringt am 23. dem Dritten Lieberk als Agnes Miegel op. 26 für Rezolodram und Erbacher und das Vorspiel zum III. Akt der Kulturgeschichte „Rindland Saga“ op. 18 im Saal zur Schaufführung. Die Solostimme hat Frau Meta Glad-Billart übernommen.

„Eisenfels“ Oktober-Num. Die Regisseure Eisenfels und Alexander haben die Aufnahmen zu dem Dokumentarfilm „Oktober“ beendet. Bei den letzten in Potsdam gedrehten Aufnahmen (Berlinerumarmung des Kaisers Alexander III., Ekman des Revolutionärs (Kriegsdrainage) etc.) wollten auch die Führer von damals Dudenko, Ponomow, u. a. persönlich mit.

Die Kunsthandlung Victor Hartberg, Schöneberg, Ufer 41, zeigt vom 23. Oktober bis 30. November eine Kollektiv-Ausstellung von Gemälden des 20-jährigen Autodidakten Kari Wallner.

Eine notwendige Erwiderung.

Stadtbaurat Wagner antwortet.

Stadtbaurat Genosse Martin Wagner veröffentlicht auf die von Kommerzienrat Haberland gegen ihn gerichteten Angriffe folgende Entgegnung:

Ich muß es ablehnen, mich mit Herrn Kommerzienrat Haberland über seinen offenen Brief an mich auseinandersetzen, weil dieser in einer Form abgefaßt ist, die eine rein sachliche Behandlung der in zum Teil beleidigender Form aufgeworfenen Behauptungen unmöglich macht. Ich muß mich darum lediglich darauf beschränken, den Beschuldigungen und Entstellungen entgegenzutreten, die geeignet sind, meine Person in der Öffentlichkeit herabzusetzen.

Es ist un wahr, daß ich andere Firmen veranlaßt habe, nachträglich Offerten einzureichen, und daß ich bei der Abfassung der Offerten mitgewirkt habe. Die gegenteilige Behauptung haben die Firmen des Bemoog-Konzerns dem Herrn Oberbürgermeister zur Kenntnis gebracht. Es ist darum auch un wahr, daß ich die Sache so eingerichtet habe, daß die Offerten in dem Augenblick im Haushaltsausschuß bekannt wurden, als er zur Entscheidung zusammengetreten war.

Es ist un wahr, daß ich den Stadtverordneten eine Denkschrift zugesandt habe. Meine „Kritik“ an dem Bemoog-Projekt wurde auf Grund eines Magistratsbeschlusses vom 14. September am 15. September früh schriftlich niedergelegt, und an diesem Tage den Mitgliedern des Haushaltsausschusses übergeben, die mich um eine Stellungnahme zu dem Bemoog-Projekt wiederholt und ausdrücklich ersucht haben.

Es ist un wahr, daß die vor meiner Amtszeit von mir beratenen Gehag-Siedlung in Brüg mit einem Preise von 42 Mark pro Kubikmeter abgerechnet worden ist. Ein Vergleich dieser Siedlung mit dem Bemoog-Projekt ist — wie jeder Fachmann bestätigen wird — gänzlich absurd, weil es sich bei dieser Siedlung um eine Mischung von 472 Einfamilienhäusern und 556 Kleinstwohnungen in dreiflüchtiger Bauweise handelt. Der einzig mögliche Vergleich mit dieser Siedlung kann sich nur auf die Zweifelhäuserwohnungen in dreiflüchtiger Bauweise beziehen, die von der Deutschen Bauhütte zu einem abgerechneten Preise von 26,76 Mark reiner Baukosten pro Kubikmeter umbauten Raumes errichtet wurden.

Es ist richtig, daß ich, ebenso wie Herr Stadtrat Wuhlg, Ausschrittsmitglied der Gehag, einer von den zuständigen Behörden anerkannten gemeinnützigen Aktiengesellschaft, bin und in dieser die Interessen der Stadt Brüg (die an der Gehag mit Kapital beteiligt ist) und der Wohnungsconsumenten vertritt. In dieser Eigenschaft habe ich auch an einer Verhandlung mit den Vertretern des Bemoog-Konzerns teilgenommen, und in dieser Verhandlung den Standpunkt vertreten, daß 1. die Gehag mit der Stadt zusammen über die Mehrheit des Aktienkapitals der Bemoog verfügen müsse, damit die Interessen der Wohnungsconsumenten hinreichend genug gewahrt werden, und 2. die Gehag die Hälfte des Anleihebetrages zur selbständigen Verwendung erhalten müsse.

Bessere Forderungen konnte ich um so mehr vertreten, als die Gehag nach wiederholten Feststellungen des zuständigen Deputierten, des Herrn Stadtrat Wuhlg, um etwa 60 000 Mark in der Nacht billiger war als der Bemoog-Konzern. Die Zusammenführung der beiden in Konkurrenz gebliebenen Angebote der Bemoog und der Gehag auf einer einheitlichen Finanzgrundlage erfolgte im übrigen nicht auf meine Anregung, sondern auf Anregung des Magistrats.

Die Vorbereitung des neuen Bauprojekts.

Die städtische Deputation für Siedlungs- und Wohnungswesen, die die Ausschreibung des neuen großen Bauvorhabens vorbereiten hat, ist bereits zusammengesetzt. Die Arbeiten schreiten rasch fort, so daß zu hoffen ist, daß nun der neue Plan bald greifbare Gestalt annimmt und den Wohnungsuchenden größere Vorteile bietet als das vom Stadtparlament abgelehnte Projekt.

Gegen das Reichsschulgesetz!

Die gestrige Protestversammlung im Lehrervereinshaus.

Es waren in der Hauptsache freiwillig gekommene Lehrer, die gestern ins Lehrervereinshaus gekommen waren, um die Kampfbrede des Reichsdeputationsgenossen Schred zu hören. Daneben aber sah man erfreulicherweise auch zahlreiche Mütter, die es ernst meinen mit ihren Kindern und wissen wollen, wohin der Kurs geht. Genosse Schred beleuchtete mit kritischen Worten die kümmerliche Haltung von Regierung und Koalitionsparteien in der Verteidigung dieses schändlichen Gesetzeswurfs. Weiterhin führte er aus, daß die katholische Kirche bei dem Schulgesetz, wenn es Wirklichkeit werden sollte, der größte Ruhmestitel sei. Die Kirche soll über den Staat gestellt werden, die Kirche soll bestimmen, was in der Schule gelehrt! Demgegenüber hält die Sozialdemokratie nach wie vor unerschütterlich fest an der Volksschule der Schule, weil sie eingesehen hat, daß nur die weltliche Schule geeignet ist, alle Kräfte der Nation zusammenzufassen. Wo bleibt auch in dem Entwurf die von der Verschaffung gebotene Erziehung zur Völkerverständigung? Die Vorgesetzungen der Gemeinschaftsschule soll durch das reaktionäre Gesetz beseitigt werden, und durch die Einführung der geistlichen Schulaufsicht wird eine Bedrückung der Lehrer unvermeidlich sein. Nicht umsonst wenden sich deshalb gerade weite Schichten der Lehrerschaft gegen diesen Entwurf, und mit Sorge sehen die Lehrer, denen ihr Beruf etwas Hohes und Heiliges ist, in die Zukunft. Die Sozialdemokratie wird ihren entschlossenen Kampf gegen die Kulturreaktion weiterführen, die die Gewissheit kann jeder aus der gestrigen Versammlung mit nach Hause nehmen!

Einige kommunistische Zwischenrufe blieben unbeachtet. Lebhafter Beifall zeigte dem Redner, daß seine Ausführungen bei allen wirklich freiheitlich Gesinnten Anklang gefunden hatten.

Auflast zur Befoldungsreform. Aus der Zahl der vielen, die bei der bevorstehenden Befoldungsreform nicht zuletzt stehen wollen, meldet auch der „Reichsbund der Invalidenberechtigten“ seine Wünsche an. Es sind dies die mit Anspruch auf Anstellung im Staatsdienst ausgeschiedenen ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und der Polizei (Versorgungsanwärter), die bei den gesetzlich vorgesehenen Verbesserungen keine hinreichende Befriedigung finden. Sie hatten zu einem parlamentarischen Abend eingeladen, um den Vertretern des Reichs und Landtags ihre Wünsche nochmals klarzulegen; neben zahlreichen Parlamentariern waren auch Vertreter des Reichswehrministeriums, der Marineleitung und des Reichsinnenministeriums erschienen. Das Ergebnis des Abends fand in einer Entschlüsselung seinen Ausdruck, die eine Mindestanrechnung von insgesamt acht Jahren fordert. Beamte, die die gleiche Arbeit leisten, sollen auch zusammen eingestuft werden, vfm.

Das Berliner Republikanische Tonkünstlerorchester veranstalet am 25. Oktober im Ballhaus „Königsplatz“, Große Frankfurter Straße 117, unter Mithilfe des R. B. Tambourkorps Neukölln sein erstes Konzert. Das Programm enthält klassische und Tonmusik. Anfang des Konzerts 8,20 Uhr. Eintritt 40 Pf.

Der Raub im „Klausner“ aufgedeckt.

Verhaftung des Anstifters.

Rasch ist es der Kriminalpolizei gelungen, den verwegenen Raub in den Kassenräumen des Restaurants „Zum Klausner“ in der Krausenstraße aufzuklären. Der Ueberfall war von langer Hand vorbereitet. In Kassenräumen war schon davon gesprochen worden, auch davon, daß noch ein dritter Mann, der nur nach dem Namen „Alfred“ bekannt ist, hinzugezogen werden sollte. So kam man auf zwei Brüder, den Koch Wilhelm Schläger und den am 26. Juli 1906 in Köln a. Rh. geborenen Maurer Peter Schläger, die zusammen in der Wilhelmstraße 3 wohnten.

Beide waren seit Wochen ohne Beschäftigung und verrichteten hier und da auf den Bahnhöfen Gelegenheitsarbeiten. Sie beschloffen endlich, sich auf irgend eine Weise mehr Geld zu beschaffen. Wilhelm Schläger hatte nun einmal in den Räumen des „Klausner“ geschäftlich zu tun gehabt und machte seinen Bruder darauf aufmerksam, daß oben im Kassenraum wohl viel Geld vorhanden sei. Sie einigten sich dahin, daß dort ein „Ding gebreht“ werden sollte, suchten nach einem dritten Mann und fanden ihn auch in dem „Alfred“. Der Ueberfall sollte, nachdem sich Peter Schläger die Dertlichkeit angesehen hatte, am vergangenen Montag ausgeführt werden. Dazu kam es aber nicht, weil „Alfreds“ Mutter unterdessen plötzlich nach Berlin gekommen war und ihren Sohn abgeholt hatte. Die beiden Brüder wollten aber auf den Plan nicht verzichten. Um sich ein Mißi zu verschaffen, besuchten sie, nachdem Peter eine 6,35-Millimeter-Walier-Pistole eingesteckt hatte, am Dienstag den Arbeitsnachweis auf und machten sich dort so bemerkbar, daß sie jederzeit nachweisen konnten, dagewesen zu sein. Vom Arbeitsnachweis

gingen sie nach der Krausenstraße. Peter, der allein zur Ausführung schritt, schloß zunächst in eine Schublade, in der er nur einige Pralinen der Angestellten fand. Bald fand er aber die richtige Bude. Gleich nach der Tat trafen sich die Brüder in ihrer Wohnung in der Wilhelmstraße wieder. Peter sagte seinem Bruder, daß er 800 Mark erbeutet habe und gab ihm davon 200 Mark ab. In Wirklichkeit hatte er 1770 Mark erbeutet. Beide besuchten dann ein Lokal in der Belle-Alliance-Straße und in der Nähe ließen sich Wilhelm neu ein und kaufte noch ein silbernes Zigarettenset, einen Bierzipfel und eine Uhrkette. Damit ging er nach Hause. Peter nahm am Belle-Alliance-Platz eine Autotaxe und fuhr in der Richtung nach Potsdam zu daheim. Wilhelm Schläger leugnete bei seiner Festnahme und berief sich auf sein Mißi beim Arbeitsnachweis. Er konnte jedoch nicht sagen, von welchem Gelde er die neuen Anschaffungen gemacht hatte und legte schließlich ein Geständnis ab. Zur Ergreifung des Mächtigen Peter Schläger kann ohne Zweifel der Führer der Autotaxe wesentlich beitragen, der am Dienstag nachmittag um 17 Uhr einen Fahrgast am Belle-Alliance-Platz aufgenommen hat. Er wird unter Hinweis auf die ausgeschriebene Belohnung von 1000 Mark bringen gebeten, sich unverzüglich bei dem Leiter des Raubdezernats, Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidentiums zu melden. Der Fahrgast, um den es sich handelt, Peter Schläger, trägt eine große graue Schiebermütze, einen grünlichgrauen Mantel mit Rückengurt, dunkle Hufe und Schuhe. Er hat ein etwas verlebtes, unreines Gesicht mit vielen Falten. Der Mächtige verfügt immerhin noch über einen erheblichen Geldbetrag.

Der Messerstecher von Neukölln.

100 Mark Belohnung!

Ein Unhold treibt, wie wir schon mehrfach berichteten, seit Anfang d. J. im Süden und Südosten Berlins, besonders in Neukölln, sein Unwesen. Es ist festgestellt worden, daß er bisher in 18 Fällen Schullinder und junge Mädchen mit einem Schusterdorn oder einem ähnlichen Werkzeug mehr oder weniger schwer verlegt hat.

Zuletzt bediente er sich eines Messers und nach ein Mädchen in der Stuttgarter Straße am Herbergsplatz so schwer in das Gesicht, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Unhold durchfährt mit seinem Rad die Straßen. Sobald er ein Opfer ausfindig gemacht hat, lenkt er das Rad dicht an die Bordsteinschwelle heran, sticht zu und jagt gleich wieder davon. Trotz aller Nachforschungen ist es nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Das Polizeipräsidentium hat deshalb jetzt auf seine Ergreifung eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt, die ausschließlich für das Publikum bestimmt ist. Es handelt sich um einen Mann von etwa 30 bis 40 Jahren. Er ist mittelgroß und trägt meistens einen Mantelanzug mit Gamaschen, auch Windjocke. Einige verlegte Mädchen betunden, daß er einen Schnurrbart habe, andere sagen, er sei bartlos. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er falsche Härte benutzt, um sich unkenntlich zu machen. Zweifelhafte Mitteilungen nehmen Kriminalkommissar Strome im Zimmer 350a des Polizeipräsidentiums, Hausanruf 452, und alle Reklere entgegen.

Unfall beim U-Bahnban.

Am Tunnelstrecke der im Bau befindlichen Untergrundbahn vor dem Grandsaal Königstraße 33 ereignete sich gestern nach ein folgenschwerer Unfall. Eine mit Sand beladene Kipplore stürzte aus noch unbekannter Ursache plötzlich um und begrub den 23jährigen Arbeiter Otto Klinkmann aus der Herthastraße 1 in Weihensee unter sich. Ein anderer Arbeiter kam dabei ebenfalls zu Schaden und zog sich am Kopf eine stark blutende Wunde zu. Die Verunglückten wurden von Arbeitskollegen nach der Rettungsstelle 5 gebracht, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. R. der Knöchelbrüche an beiden Füßen und innere Verletzungen davongetragen hatte, mußte in die Universitätsklinik in der Jlegelstraße übergeführt werden. Der andere Verunglückte konnte nach Anlegung eines Notverbandes wieder entlassen werden.

Der „Kampfbund gegen Kulturreaktion.“

Mit welchen Mitteln die KPD. kämpft, das zeigt auch der sogenannte „Kampfbund gegen Kulturreaktion“, von dem die „Rote Fahne“ in der letzten Zeit so viel Redensarten machte. Man verkündete eine kulturpolitische Einheitsfront gegen das Reichsschulgesetz, und wenn man dem kommunistischen Organ glauben würde, so treten täglich neue Organisationen diesen Bunde bei. Aber in Wirklichkeit liegt hier nur eine versteckte Gründung der KPD. vor. Denken wir doch an den „Kampfbund für Bestesfreiheit“, der vor einem Jahre gegründet wurde, inzwischen aber wegen Mangel an Beteiligung sanft einschlummerte. Ähnlich ging es vor einigen Monaten dem „Kartell gegen das Konfordat“. Jetzt wählte man die Firma: „Kampfbund gegen Kulturreaktion“. Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände und die dieser Arbeitsgemeinschaft angehörende größte Organisation, der „Verband für Freiheitskämpfer und Feuerbestattung E. B.“, stehen diesem Verbände scharf ablehnend gegenüber. Wohl war für kurze Zeit dadurch Bewirrung geschaffen, daß in Untertanis der Soziale die Berliner Ortsgruppe der Arbeitsgemeinschaft sich diesem „Kampfbunde“ anschloß, und die „Rote Fahne“ hat hiermit genugsam operiert! Inzwischen aber ist eine endgültige Lösung erfolgt. Denn die freigeistigen Verbände sind der Ueberzeugung, daß sie die Maßnahmen, die gegen den v. Reubellischen Schulgesetzentwurf getroffen werden müssen, selbst durchzuführen in der Lage sind. Der Kampf gegen das Schulgesetz ist im ganzen Reich im besten Gange! Die Freiheitskämpfer aber müssen es ablehnen, sich durch irgendwelche Manöver der Kommunisten in ihrem Kampfe beirren zu lassen.

Chorkonzert der Schupo.

Neben wirklich guten künstlerischen Leistungen zeichnen sich die Schupokonzerte auch durch abwechslungsreiche Gestaltung der Programme aus. Der gestrige Abend war in der Hauptsache dem Chorgesang mit und ohne Orchester gewidmet. Die a-capella-Chöre brachten Liebe, alte Volkslieder wie „Heimliche Liebe“, „Saubermännchen“, „Der Wächterruf“ und einige Mendelssohnische Gesänge, während die Chöre mit Orchestermusik klassischen Inhalts waren. Schlicht, anmutig und natürlich brachte der städtische, gut disziplinierte Chor unter der bewährten Leitung seines Dirigenten Janol E. Rostin das Volkslied zu Gehör, das nicht nur durch die Tradition seiner Jahre, sondern vor allem durch die fesselliche, erdhalte Frische immer wieder die Herzen gewinnt. Es ist schon etwas um die deutsche Volksseele und ihr tiefes Burgeln im heimischen Boden. Und je dröhnender und schriller die Musik von „draußen“ wird, desto tiefer und voller tönt es von „innen“. Sehr schön sang auch der Hirtchor aus Schuberis „Rosomunde“, prächtig, mit dem Feuer der Begeisterung Handels Chorleitung „Schi, er kommt“ aus „Judas Macabäus“. Der Solist des Abends, Andreas Weißgerber (Violin) spielte die Romanze F. Dur von Beethoven mit zarter Innigkeit und großem technischen Können. Brahms feurige Unparweisen lagen ihm weniger, während er bei Mozart wieder ganz in seinem Element war. Das vollbesetzte Haus, in dem man Minister Genossen Severing, Staatssekretär Wegg, Reichstagspräsident Genossen Abbe, Polizeipräsident Genossen Berglebel, Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg bemerkte, spendete reichen Beifall.

Die Polizeibeamten zur Befoldungsreform.

Protest gegen ungerechte Behandlung.

Der Gau Groß-Berlin des Verbandes Preussischer Polizeibeamten hatte seine Mitglieder gestern Abend zu drei Protestversammlungen einberufen. Vor den uniformierten Beamten referierte der Verbandsvorsitzende Schrader über das Thema: „Die Auswirkungen der neuen preussischen Befoldungsregelung auf die preussische Polizeibeamtenschaft.“ Die stürmische Zustimmung, welche die Ausführungen des Referenten bezeugten, steigerte sich zum Orkan, als der Redner erklärte, daß die Verbandsleitung dem Finanzminister nicht nur Forderungen unterbreitet, sondern auch den Weg gezeigt habe, auf welchem die nötigen Ersparungen gemacht werden können, um die berechtigten Forderungen der Beamten mit den sehr zur Verfügung stehenden Mitteln zu erfüllen. Nach kurzer, sachlicher Diskussion wurde eine ausführliche Entschlüsselung einstimmig angenommen, welche in ihrem Kernstück folgendes besagt:

„Die am 19. Oktober 1927 vom Verband Preussischer Polizeibeamten, Gau Groß-Berlin, in den Kammern einberufene und von mehr als 2000 Polizeibeamten besuchte Versammlung stimmt mit lebhaftem Bedauern und tiefer Entrüstung Kenntnis von der ungerechten Behandlung, die der Polizeibeamtenschaft in der Befoldungsvorlage der preussischen Regierung zuteil werden soll. Sie stellt einmütig fest, daß die seit Jahren von höchster Regierungsstelle und durch Beschlüsse des Preussischen Landtages den Polizeibeamten gegebenen Versprechungen und erwiderten Hoffnungen nicht erfüllt werden sollen; insonderheit sind die Zusagen, die der Reichsfinanzminister den Beamten der unteren Befoldungsgruppen auf Erhöhung ihres Einkommens um 33 Proz. gegeben hat, in keinem Falle erfüllt. Die Polizeibeamtenschaft ermahnt den Preussischen Landtag, daß die bei der Beratung des Polizeibeamtengesetzes den Polizeibeamten versprochene Abgeltung für die schlechte Rechtsstellung in diesem Gesetz in der Befoldung nunmehr eingelöst wird. Die Polizeibeamtenschaft hat sich in jeder Zeit als die stärkste und treueste Stütze des Staats erwiesen. Sie verlangt deshalb in der Befoldung Anerkennung für treue Vorkämpferfülle. Sie ruft der Volksvertretung zu: Landtag, tue deine Pflicht, lasse es nicht zu, daß die Polizeibeamten zu Stiefkindern der Republik gestempelt werden.“

In den Kammern fand eine Versammlung der Kriminalbeamten statt. Der Referent des Abends erinnerte an die Versprechungen, die den Kriminalbeamten in den letzten Jahren gemacht worden seien und zeigte demgegenüber auf, wie man trotzdem wieder den berechtigten Forderungen dieser Beamtengruppe gar nicht entgegenzukommen ist. So sind besonders die untersten Gruppen der Kriminalpolizei im Verhältnis zu dem bisherigen Zustand bedeutend schlechter eingruppiert worden. In einer einstimmig angenommenen Entschlüsselung wird u. a. die Zusammenlegung der Gruppen 5 und 6 einschließlich der Kriminalassistentenanwärter zu einer Einheitsgruppe mit einem Anfangsgehalt von 2400 Mark und einem Endgehalt von 4000 Mark gefordert. Ferner wird verlangt die Verdoppelung der Stellen der Kriminalbezirkssekretäre und die Einstufung dieser Beamten in die Skala bis von 3000 bis 4600 Mark. Gleichfalls wird die Anhebung der Gehälter der höheren Kriminalbeamten an die vergleichbaren Gehälter der Schutzpolizeioffiziere gefordert.

Der Referent hielt diese Veranstaltung für geeignet, gegen die freien Gewerkschaften vom Leder zu ziehen. Er verteidigte die wertwürdige Auffassung, daß die freien Gewerkschaften ihre Mitglieder solange nicht in Lohnbewegungen hätten führen sollen, bis die Befoldungsreform erledigt ist, ohne zu bedenken, daß gerade die Lohnbewegungen der Gewerkschaften den Beamten den Rücken stärken.

Einem tragischen Tod fand heute mittag die sechsjährige Irmgard Westphal aus der Marlin-Opitz-Straße 3. Die Kleine befand sich nach Schulschluß auf dem Nachhauseweg und wollte an der Ecke Marlin-Opitz- und Ostlichestraße, dicht bei der elterlichen Wohnung, den Fahrdamm überschreiten. In diesem Augenblick näherte ein Privatauto heran und das Kind geriet unter die Räder des Wagens. Mit einem schweren Schicksal wurde es zur Rettungsstelle 10 in der Badstraße gebracht. Der Arzt konnte indes nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Eisenbahnbanditen in Mexiko.

Wie aus Laredo in Texas berichtet wird, ist südlich von San Louis Potosi ein Eisenbahnzug von mexikanischen Banditen überfallen und ausgeplündert worden. Die Banditen brachten zwei Bomben zur Explosion, wodurch der Zug zum Halten gebracht wurde. Von den Passagieren wurden acht getötet und zahlreiche andere verletzt. Den Räubern fielen etwa 50 000 Dollar in die Hände. In dem Zug befanden sich auch mehrere Beamte des mexikanischen Präsidenten Calles, die jedoch nicht bestraft wurden. Den Banditen gelang es, unbedeutend zu entkommen. Nach einer weiteren Meldung aus Mexiko wurde im Orubandebirg von Ranzari ein von einer Militäreskorte begleiteter Geldtransport von Banditen überfallen. Die Verbrecher töteten vier Soldaten und raubten einen Koffler und etwa 2000 Dollar. Auch hier konnten die Banditen flüchten.

Notlandung der französischen Südamerikafieger.

Coffes und le Biz, die am 19. Oktober ihren Flug nach Buenos Aires zu beenden gedachten, mußten infolge ungünstiger atmosphärischer Bedingungen auf halbem Wege in Santa-Catarina in Brasilien niedergehen.

Die deutschen Bergarbeiter 1926

Zu Kampf um ihre Existenz.

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft hat ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1926 herausgegeben. Nach dem Bericht waren im Jahre 1926 insgesamt 1397 Betriebe gegen 1605 im Vorjahre versichert. Die Zahl der versicherten Betriebe hat sich also um 208 verringert.

Die Verminderung der Betriebe wird mit den vielen Stilllegungen erklärt. Die höchste Zahl des Rückganges der Betriebe weist der Braunkohlenbergbau mit 60 auf; dann folgt der Erzgrubenbergbau und Metallhütten mit 56; dann folgten andere Mineralgewinnungen mit 40 und der Steinkohlenbergbau mit 37. In den 1397 Betrieben waren im Jahre 1926 insgesamt 748 500 Personen versichert. Die Zahl der versicherten Personen ist gegen 1925 um 63 936 zurückgegangen. Die Lohnsumme betrug im Berichtsjahr bei der Knappschaftsberufsgenossenschaft 1 566 811 707 M., oder durchschnittlich für eine Person 2093,02 M. gleich rund gerechnet

pro Arbeitsschicht 6,97 M.

Die Knappschaftsberufsgenossenschaft ist über das Reich in acht Sektionen gegliedert. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Bergmannes betrug im Berichtsjahr bei der Sektion I (Sonn): 2101,85 M. gleich pro Arbeitsschicht rund 7 M.; bei der Sektion II (Bachum): 2294,76 M. gleich pro Arbeitsschicht 7,84 M.; bei der Sektion III (Riaust): 1843,20 M. gleich pro Arbeitsschicht 6,14 M.; bei der Sektion IV (Halle a. d. S.): 1877,15 M. gleich pro Arbeitsschicht 6,25 M.; bei der Sektion V (Magdeburg): 1642,16 M. gleich pro Arbeitsschicht 5,44 M.; bei der Sektion VI (Beuthen D. Schl.): 1647,07 M. gleich pro Arbeitsschicht 5,49 M.; bei der Sektion VII (Waldau i. S.): 1985,81 M. gleich pro Arbeitsschicht 6,61 M.; bei der Sektion VIII (München): 1706,25 M. gleich pro Arbeitsschicht 5,68 M.

Das Kapitel Unfälle

bietet ein trauriges Bild. An „größeren Unglücken“ (bisher nannte man es Massenunfälle) fanden im Berichtsjahr drei durch Ueberstürzen der Förderkörbe bei der Seilfahrt statt. 1. Am 27. Januar auf Zeche „Königin Elisabeth“, Schacht Hubert mit 26 Verletzten; 2. am 25. März auf Zeche „Oberhausen“, Schacht I/II mit 13 Toten und 30 Verletzten; 3. am 14. Juni auf Zeche „Langendram“, Schacht II mit 33 Verletzten. Am 27. November fand auf Zeche „de Wendel“ eine Schlagwetterexplosion statt mit 9 Toten und 11 Verletzten. Im Berichtsjahr ereigneten sich

10 371 entschädigungspflichtige Unfälle.

Dies sind solche, die nach Ablauf der Wartezeit (8 Wochen) bzw. nach Ablauf des Heilverfahrens, mindestens eine Erwerbsbehinderung von 10 Proz. hinterlassen, gegen 10 562 im Jahre 1925. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren im Berichtsjahr 1470 gegen 1681 im Jahre 1925 zu verzeichnen. Die inneren Ursachen der entschädigungspflichtigen Unfälle waren in 6971 Fällen = 67,22 Proz. die Gefährlichkeit des Betriebes; in 102 Fällen = 0,98 Proz. die Mängel des Betriebes; in 329 Fällen = 3,17 Proz. die Schuld der Mitarbeiter; in 2899 Fällen = 27,95 Proz. die Schuld der Verletzten und in 70 Fällen = 0,68 Proz. durch Sonstiges. Auffällig muß es berühren, daß sich der Bericht über die Zahl der gemeldeten Unfälle ausweicht! Absolut hat sich die Zahl der entschädigten Unfälle um 201, die der tödlichen Unfälle um 211 verringert, indes in Prozenten gerechnet kamen auf 1000 versicherte Personen 13,85 entschädigungspflichtige Unfälle gegen 13,00 im Jahre 1925; das ist eine Steigerung um 0,85.

An Unfallentschädigungen wurden im Berichtsjahr insgesamt 15 089 401,33 M. gegen 26 700 855,22 M. im Vorjahre gezahlt. Die Nebenausgabe im Berichtsjahr ist im wesentlichen durch die Auswirkung des 2. Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 bedingt. Recht erheblich sind die Verwaltungsstellen der acht Sektionen; sie betragen ausschließlich bei der Genossenschaftsvorstände 1 973 192,02 M. Dagegen wurden von den acht Sektionen für die Unfallversicherung nur 320 519,02 M. ausgegeben, das sind pro Kopf und Jahr der Versicherten rund 43 Pf.

Bzüglich der

Unfallverhütung

heißt es im Bericht: „Der Genossenschaftsvorstand ist erneut in eine eingehende Prüfung der Frage eingetreten, was seitens der Berufsgenossenschaft über ihre bisherigen Maßnahmen hinaus in bezug auf die Unfallverhütung geschehen könne, um auf eine Verringerung der Unfälle im Bergbau hinzuwirken.“ Das Ergebnis dieser Prüfung soll allen Mitgliedern zugegangen sein, im Bericht ist indes nichts darüber enthalten. Es wird nur angedeutet, daß in dem Ergebnis „hauptsächlich die Romendigkeit einer Selbstüberwachung der Betriebe durch die Betriebsunternehmer erfolgen müsse, dies würde auch zur Hebung des Selbstverantwortlichkeitsgefühls der Arbeiter beitragen.“ Wir befürchten, daß auch durch diese „Maßnahme“ die Unfälle im Bergbau nicht vermindert werden, denn auch sie soll doch nur „weiße Salbe“ sein.

Ungewöhnliche Opfer an Leben und Gesundheit haben die deutschen Bergarbeiter im Jahre 1926 im Kampfe um ihre Existenz, im Ringen um das tägliche Brot, den Grubenböden als Tribut bringen müssen. 1057 Witwen, 1938 Kinder und 70 Verwandte aufsteigender Linie beklagen den Verlust ihres Ernährers, des Gatten und Vaters. Gigantisch groß ist die Vergeblichkeit von menschlicher Arbeitskraft und Menschenleben. Welche Vernichtung von Familienglück, welche furchtbare Elend birgt sich hinter den kalten Ziffern über die Verletzten und Getöteten! Von 1886 bis 1926 zählt die Knappschaftsberufsgenossenschaft

357 579 Verletzte,

die entschädigungspflichtigen Unfälle erlitten haben. Von diesen waren 60 309 Todesfälle. Das sind wahre Heerzomben von Toten und Krüppeln!

Soll die Unfallverhütung nicht nur „weiße Salbe“ sein, sollen die Unfälle im Bergbau vermindert werden, und das kann geschehen, dann ist Voraussetzung Verkürzung der Arbeitszeit und menschenwürdige Löhne. Es ist nachgerade ein Skandal, wenn die deutschen Bergarbeiter bei ihrer schweren Arbeit täglich 8 bis 12 Stunden fronen müssen und mit einem Schichtlohn von 5,44 M. bis 7,64 M. abgepeist werden.

Schiedspruch für die Silberwarenindustrie.

Heute Urabstimmung.

In der überfüllten Versammlung der Silberhändler am Mittwochnachmittag im Dresdener Garten berichtete Genosse Hentschel vom Reichsarbeiterverband über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Berliner Silberwarenfabrikanten vor dem Schlichtungsausschuß. Da die Unternehmer mit allerlei faden Ausreden den direkten Verhandlungen mit der Organisation über den Abschluß sowohl eines Lohnvertrags als auch eines Mantelvertrags aus dem Wege gegangen waren, mußte der Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen werden. Nach längeren ergebnislosen Verhandlungen wurde schließlich ein Schiedspruch gefällt, der die Schaffung eines Lohn- und Mantelvertrags auf folgender Grundlage vorsieht:

Die Arbeitszeit beträgt 46½ Stunden in der Woche. Für Ueberarbeit, die nur in ganz dringenden Fällen verlangt wer-

den kann, soll ein Zuschlag gezahlt werden, und zwar für die erste Ueberstunde von 15 Proz. und für die zweite Ueberstunde von 25 Proz. Alle anderen Bestimmungen des Mantelvertrags sind im wesentlichen den Bestimmungen des Vertrags angepaßt, der bis zum 1. Januar 1925 bestanden hat. Der Manteltarif soll ab 1. Oktober bis zum 31. September 1928 gelten.

Das Lohnabkommen sieht für sämtliche männlichen Arbeiter eine Lohnzulage von 6 Pf. pro Stunde und für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie für die Frauen von 4 Pf. vor. Die bestehenden Akkorde sollen um 5 Proz. aufgebessert werden. Das wichtigste an diesem Schiedspruch ist, daß die Zulage auf alle bestehenden Löhne gezahlt werden soll und daß für alle Arbeiter und Arbeiterinnen feste Einstellungslohne vorgelesen sind. Nach dem Schiedspruch müßten alle Löhne mindestens bis auf die Höhe der Einstellungslohne aufgebessert werden, auch wenn in diesen Fällen eine höhere Zulage gezahlt werden müßte als 6 bzw. 4 Pf. Die Mindesteinstellungslohne betragen laut Schiedspruch für gelernte Facharbeiter 1,03 M., für angelernte Arbeiter 90 Pf., für Hilfsarbeiter 75 Pf., für Handpoliererrinnen 65 Pf., für gelernte Arbeiterinnen 60 Pf., für sonstige Arbeiterinnen 55 Pf. und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 14 bis 18 Jahren 30 bis 40 Pf. Ausgelernte sollen bis zu einem halben Jahre nach beendeter Lehrzeit 30 Proz. und bis zu einem Jahre 25 Proz., bis zu 1½ Jahren 20 Proz. und bis zu zwei Jahren 10 Proz. weniger als der Vollarbeiter erhalten. Angelernte und Hilfsarbeiter von 18 bis 20 Jahren sollen 70 Proz. des tariflichen Mindestlohnes der betreffenden Gruppe erhalten.

Die Akkordpreise müssen so festgesetzt sein, daß ein Arbeiter mit durchschnittlicher Leistungsfähigkeit mindestens 15 Proz. über dem Tariflohn verdienen kann. Das Lohnabkommen soll von der laufenden Lohnwoche ab bis zum 31. März 1928 gelten. Die Erklärungsfrist ist auf den 28. Oktober festgesetzt worden.

Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Zeit damit einverstanden, daß über diesen Schiedspruch heute alle in der Silberwarenbranche Beschäftigten in einer Urabstimmung entscheiden sollen.

Die Lichtenberger Bäckermeister lieben Militärmusik.

Ihns wird geschrieben:

Am Sonntag veranstaltete der Gesangsverein der Lichtenberger Bäckermeister eine Festlichkeit in den Räumen des Saalbau Friedrichshain, bei der die Musik von der Kapelle des III. Batl. Reichswehr Inf. Regts. 9 ausgeführt wurde.

Die Herren Bäckermeister aus Lichtenberg schreien ihre Sympathie für die Arbeiterschaft dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie Beamten, die bereits ein festes Einkommen haben, noch zu

weiteren Einnahmekapitalen verhelfen. Den Herren scheint die ungenutzte Arbeitslosigkeit weiter Bevölkerungstreu und auch die Not der erwerbslosen Arbeiter noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, trotzdem es sich in dem vorliegenden Falle um Bäckermeister handelt, die in der dichtbesiedeltesten Arbeitergegend Berlins wohnen und die ausschließlich nach den Großen der Arbeiterklasse, zum großen Teil sogar von den Großen der Arbeiterklasse existieren.

Im Saalbau Friedrichshain ist eine Kapelle von organisierten Berufsmusikern von Fall zu Fall beschäftigt, deren Mitglieder ohne Erwerb waren, weil die Bäckermeister aus Lichtenberg für ihre Festlichkeit ausgerechnet eine Militärkapelle haben mußten. Bemerkenswert ist auch, daß sich der Kapellmeister des Orchesters bei dem Verein vergeblich um die Musikausführung beworben hat.

Sonnabend Konferenz der Bergarbeiterdelegierten.

Halle, 19. Oktober. (U.)

Die Zentralstreikleitung hat für Sonnabend eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nach Halle einberufen, die zu dem Ergebnis der heutigen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium Stellung nehmen wird.

Lohnbewegung in der Köln-Beueler Textilindustrie.

Köln, 20. Oktober. (W.F.)

In der rechtsrheinischen Köln-Beueler Textilindustrie ist von den Gewerkschaften dem Arbeitgeberverband die Kündigung des Lohnvertrages ab 1. November mit neuen Forderungen zugegangen. Neben einer Reihe grundsätzlicher Forderungen der weiblichen Arbeiter wird eine wesentliche Steigerung der Löhne gefordert. Es kommen etwa 70 000 Arbeiter in Frage.

Beilegung des Kopenhagener Hafnarbeiterstreiks.

Kopenhagen, 20. Oktober. (W.F.)

Der Hafnarbeiterstreik in Kopenhagen ist gestern durch einen Vergleich vor dem Schiedsgericht beendet worden, nachdem die Streikenden die Gesetzwidrigkeit ihrer Handlung eingeräumt haben. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen. Entlassungen werden nicht vorgenommen.

Verantwortlich für Vollst.: Dr. Curt Seger; Verlagsred.: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schöler; Redaktion: Dr. John Schillmöller; Verlagsred.: und Sonstiges: Reichsrecht: Kausler; Ad. Glöde; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2.

Frische, junge, zarte Gänse 1.20 9 bis 14 Pfd. schwer. Wegner, Berlin 50 Mariannenstraße 34. Nummer 24/25!

Schaufenster-Tapete!

Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.

Sächsische Tapeten-Industrie,

Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Leipziger u. Zimmerstr.

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts.



noch nie dagewesene Kaufgelegenheit! Wir müssen in ganz kurzer Zeit bis auf das letzte Stück räumen.

Deshalb wirkliche

Schleuderpreise

Hier einige Beispiele:

Feinste fertige Herren-Winter-Mäntel- u. -Anzüge

- Serie I** Kräftige Stoffe, gute Verarbeitung
Sonst M. 48.— jetzt M. **19⁵⁰**
- Serie II** Gute Stoffe, beste Zutaten
Sonst M. 86.— jetzt M. **39.—**
- Serie III** Beste reinwollene Stoffe, tadellose Verarbeitung
Sonst M. 108.— jetzt M. **59.—**
- Serie IV** Allerfeinste reinwollene Maßstoffe, die nur für Maßanfertigung bestimmt waren und die wir jetzt in elegantester Ausführung fertig am Lager haben. Das Beste vom Besten.
Sonst M. 135.— bis 145.— jetzt M. **79.—**

Herren-Hosen weit unter Einkauf!

- Gummi-Mäntel M. **9⁵⁰** und M. **16⁵⁰**
- Loden-Joppen M. **9⁵⁰** **16⁵⁰** **22.—**

Herrenbekleidung Gertraudenstraße 24

gegenüber der Petrikirche.